

Die „unruhige Arbeiterschaft“. Rüstungsproduktion und Arbeiterbewegung in einer U-Boot-Werft. Die AG „Weser“ im Ersten Weltkrieg

Antonio Farina

Einleitung

Dieser Aufsatz will die Verflechtung zwischen Kriegsproduktion und Formen des sozialen Konflikts während des Ersten Weltkrieges in einer der bedeutendsten Werften Bremens, der AG „Weser“, analysieren.¹ Die Weser-Werft zählte zu den wichtigsten Produzenten von Kriegsmaterial (vor allem von U-Booten) und bildete gleichzeitig eines der aktivsten Zentren des Kampfes der Arbeiter gegen den Krieg. Dabei spielten die Bremer Linksradi-kalen eine bedeutende Rolle, die seit den Werftarbeiterstreiks von 1910 und 1913 starken Einfluss auf die oppositionellen Strömungen innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) der Hanse-Stadt ausübten.²

Die AG „Weser“ befasste sich bereits seit Beginn des Krieges mit der Konstruktion von U-Booten.³ Das verhiess hohe Profite, da die Kriegführung in der Nordsee und die Seeblockade durch die britische Flotte, mit der das deutsche Kaiserreich „von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe abge-

1 Zur Geschichte der AG „Weser“, der bedeutendsten Werft im Weserbecken, existieren einige Arbeiten mit unterschiedlichen Ansätzen und Zielsetzungen. Von den wichtigsten seien angeführt: AG „Weser“ (Hrsg.): Aktien-Gesellschaft „Weser“ Bremen 1872-1922, Bremen 1922; Otto Höver: 100 Jahre Weser-Werft 1843-1943, von Waltjen & Leonhardt Werk bis Aktien-Gesellschaft „Weser“, Bremen 1943; Peter Kuckuk: Die AG Weser bis 1914, von der Maschinenfabrik zur Großwerft, Bremen 1987; Ders.: Die AG „Weser“ 1914-1933. Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise, Bremen 1987; Reinhold Thiel: Die Geschichte der Actien-Gesellschaft „Weser“, Bd. 1-3, Bremen 2005-2007.

2 Zu den engeren gewerkschaftlichen und politischen Aspekten siehe Jörg Wollenberg/Gerwin Möller: Die AG „Weser“ zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf. Arbeitskämpfe und politische Streiks der Bremer Werftarbeiter, Bremen 1984; Fred Ludolph: Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte und Entwicklung der Werftindustrie in Bremen bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise am Beispiel der AG „Weser“, in: Schriftenreihe der Hochschule für Wirtschaft Bremen, Bd. 16, Bremen 1980, S.1-170.

3 Siehe Eberhard Rössler: Geschichte des deutschen U-Bootbaus, Bd. I, Augsburg 1996, S.56.

schnitten“ wurde,⁴ deren Bau zu den wichtigsten Aufträgen aus der Flotte werden ließen.⁵

Die weitreichenden, unkoordinierten und oft planlosen militärischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben schufen dabei auch im Falle der AG „Weser“ eine fortschreitende Osmose zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Lenkung, insbesondere bei der Vermittlung der immer knapper werdenden Rohstoffe und der Arbeitskräfte. Durch die vielfältigen Aktivitäten u. a. der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) bildete sich dabei eine „Mischung aus Dirigismus und *lassaiz faire*“⁶ heraus, ein Interventionsmodell in der Wirtschaft, das gegenüber der traditionellen Gestaltung der Befugnisse und der Handlungsspielräume im Kaiserreich neu war.⁷

1. Arbeitskräftemangel in einem militarisierten Arbeitsmarkt⁸

Wie Hans-Joachim Bieber feststellt, „blieben die Werften zur Deckung ihres Arbeitsbedarfs“ für die gesamte Dauer des Krieges „im wesentlichen auf die Hilfe der Heeresverwaltung angewiesen“.⁹ Das betraf besonders den Bedarf an Facharbeitern. Große Teile der weniger spezialisierten Arbeitskräfte wurden der Kriegsindustrie hingegen von der städtischen Arbeitsvermittlung zugewiesen.¹⁰

4 Ulrich Gabler: Der U-Bootbau, in: Lars U. Scholl (Hrsg.): Technikgeschichte des industriellen Schiffbaus in Deutschland, Hamburg 1994, S.157.

5 Siehe Max Schwarte (Hrsg.): Die Technik im Weltkrieg, Berlin 1920, S.391-423.

6 Stephanie Tilly: Arbeit, Macht, Markt. Industrieller Arbeitsmarkt 1900-1929. Deutschland und Italien im Vergleich, Berlin 2006, S.117.

7 Für eine umfassende Beschäftigung mit der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft in den Kriegsjahren siehe die klassischen Arbeiten von Gerd Hardach: Der Erste Weltkrieg, 1914-1918, München 1973; Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg, Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1978; Gerald D. Feldman: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918, Berlin-Bonn 1985.

8 Zum Thema des Arbeitsmarktes während des Ersten Weltkrieges existieren einige wichtige Forschungsarbeiten, so Kocka, Klassengesellschaft; Feldman, Armee; Anselm Faust: Arbeitsmarktpolitik im deutschen Kaiserreich. Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung, 1890-1918, Stuttgart 1986, vor allem S.193-269. Eine neuere Publikation, besonders nützlich auch aufgrund des komparatistischen Ansatzes, ist die Arbeit von Tilly, Arbeit, S.111-204.

9 Hans-Joachim Bieber: Die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen auf den Hamburger Großwerften zwischen Hilfsdienstgesetz und Betriebsrätegesetz (1916-1920), in: Günther Mai: Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1985, S.77-153, hier S.90.

10 Der etwa zwanzigjährige Kampf der Arbeiterbewegung um die Errichtung eines staatlichen „Arbeitsnachweises“ war bis dahin an der Haltung des städtischen Patriziats geschei-

Die Beteiligung der AG „Weser“ am Aufbau der U-Boot-Flotte verhinderte zunächst einen Einbruch der Beschäftigung in den ersten Wochen nach der Entfesselung des Krieges. Durch Einberufungen zum Heer sank zwar die Gesamtzahl der Arbeiter (ohne die Lehrlinge) von 5.481 im Frühjahr 1914 um ungefähr 20 Prozent auf 4.439 in den ersten Monaten 1915,¹¹ das sind jedoch weit niedrigere Zahlen als bei Blohm & Voss, die zeitweise von den U-Bootaufträgen ausgeschlossen waren und zwischen August und Dezember 1914 fast 40 Prozent ihrer Belegschaft verloren.¹² Der AG „Weser“ war es gelungen, die Einberufung einer großen Zahl von Arbeitern zu verhindern,¹³ überwiegend ein „Stamm besonders wichtiger leitender Köpfe, Vorarbeiter, Meister“, die vom Reichsmarinamt (RMA) für den Kriegsfall eingeplant worden waren.¹⁴ Ab Mitte 1915 führten verspätete Materialauslieferungen, die auch die U-Boote betrafen, und die fortschreitende Desillusionierung über einen schnellen Sieg zu einem Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik.¹⁵

„Die Eingriffe des stell. Generalkommandos in den Arbeiterbestand der Werften wurden immer empfindlicher“,¹⁶ sodass der Schiffbauindustrie aus den Ersatztruppenteilen das erste Kontingent von 10.000 Facharbeitern zur Verfügung gestellt wurde. Dennoch entwickelte sich auf allen Werften „ein chronischer Arbeitermangel“, der ab der Jahreswende 1915/16 noch verstärkt wurde durch die wachsende Zahl der Kriegsaufträge, die die Produktionskapazitäten der Werften „bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“¹⁷ trieben.

Die Entfesselung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges verstärkte die Konzentration der AG „Weser“ auf die Produktion von U-Booten.¹⁸ Dies drängte sowohl die zivile Produktion wie auch den Bau von Kriegsschiffen in den Hintergrund. Dabei entstanden auch immer engere Wechselbeziehungen zwischen den militärischen Institutionen und der Direktion der Werft. Der Anteil der Arbeitstage für die Produktion von U-Boo-

tert. Staatsarchiv Bremen (StAB), 3-A 15, Nr 10, Bl. 74.

11 Historisches Archiv Krupp, Essen (HAK), WA 143/55.

12 Siehe Olaf Mertelsmann: Zwischen Krieg, Revolution und Inflation. Die Werft Blohm & Voss 1914-1923, München 2003, S.28.

13 Siehe ebenda, S.27.

14 Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg (BA-MA), RM 3/4685.

15 HAK, WA 143/5.

16 BA-MA, RM 3/4685.

17 Ebenda.

18 Siehe Kuckuk, AG „Weser“, S.3f.

ten stieg von 32,5 Prozent im ersten Trimester 1915 auf 71,59 Prozent im letzten Trimester 1917,¹⁹ als 1.854.000 Arbeitstage von 2.654.000 dafür aufgewendet wurden.²⁰

Jahr	Kriegsschiffe	U-Boote	Gesamte Kriegsproduktion ²¹	Handels-schiffe	Reparaturen
1913	33,47	0	33,47	40,85	25,68
1914	34,80	1,80	36,60	45,70	17,70
1915	26,90	30,70	57,60	22,19	20,10
1916	34,20	42,70	76,90	2,17	20,91
1917	9,00	67,10	76,10	0,26	23,26
1918	3,60	62,70	66,30	0,81	32,89

Quelle: HAK, WA 143/55

Das Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes brachte auf den Großwerften „keine radikale Neuerung“, obgleich es einige bereits wirksame Mechanismen bei der Vermittlung der Arbeitskräfte verstärkte und die Ausbeutung sämtlicher humaner und industrieller Ressourcen auf die Spitze trieb.²² Deshalb wurde parallel zur Freistellung der Facharbeiter immer massiver auf Abberufungen aus dem Heer zurückgegriffen.

Während des Krieges wurde das Beschäftigungsniveau der Vorkriegszeit erst im zweiten Trimester 1916 überschritten, um dann in rasantem Tempo, wenn auch auf unsystematische und schwankende Weise, zu wachsen.

Quart./ Jahr ²³	1914		1915		1916		1917		1918	
I Quart.	6638	100,0	5733	86,3	6250	94,2	8203	123,6	10486	157,9
II Quart.	6978	105,1	6049	91,1	6982	105,1	9127	137,5	10946	164,9
III Quart.	6763	101,8	5867	88,4	7619	114,8	9341	140,7	10978	165,3
IV Quart.	6268	94,4	6020	90,7	7578	114,1	9471	142,7	10509	158,3

Quelle: HAK, WA 143/55, eigene Berechnungen

19 HAK, WA 143/55.

20 HAK, WA 143/146.

21 Die Aufteilung in Kriegsproduktion und Reparaturen ist in der Tabelle teilweise irreführend, da, insbesondere in der Kriegszeit, große Teile der Reparaturarbeiten mehr Kriegsschiffe oder U-Boote betrafen als zivile Schiffe.

22 Siehe Feldman, *Armee*, S.133-164.

23 Die Daten zeigen in der ersten Spalte jeweils die absolute Gesamtzahl der Beschäftigten (Arbeiter in der Produktion und Angestellte), in der 2. Spalte jeweils in Prozent, 100% bezogen auf das I. Quartal 1914.

Die Zahl der Arbeiter, die von der AG „Weser“ zurückgerufen wurden, blieb über längere Zeit deutlich unter denen anderer bedeutender Seeschiffswerften.²⁴ 37 Prozent der Belegschaft der AG „Weser“ bestanden aus den von den Hilfstruppen des Heeres zurückgerufenen Arbeitern, hingegen bei Vulkan in Hamburg 54 Prozent und der Germania Werft in Kiel 51 Prozent.²⁵ Zudem waren 76 Prozent der Arbeitskräfte, die vom RMA zugewiesen worden waren, ehemalige Arbeiter der Werft.²⁶

Die unsystematische und fragmentierte Politik bei der Vermittlung der Arbeitskräfte verschlechterte das Gleichgewicht zwischen den Gewerken innerhalb der Werft.²⁷ Besonders ab dem Sommer 1916 fragte die Direktion immer beharrlicher die Zuteilung von hoch spezialisierten Fachkräften (z. B. Kupferschmiede, Schiffsschlosser, Nieter, Bohrer) an.²⁸ Dazu kam für die AG „Weser“ das Problem, dass die hohe Mobilität der Facharbeiter in den ersten zwei Jahren des Krieges zu einer Quelle der Instabilität wurde.²⁹ Schlosser, Dreher, Klempner wurden von den höheren Löhnen in anderen Zweigen der Kriegsproduktion (in Bremen Munition und Granaten) angezogen.³⁰ Dieses Problem versuchten das Militär und die zivilen Behörden durch eine progressive Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter einzudämmen, vor allem, indem sie „die Zurückstellung Wehrpflichtiger nur für einen bestimmten Betrieb“ aussprachen.³¹ Das Ergebnis blieb aber auch nach dem Erlass des Hilfsdienstgesetzes³² hinter den

24 Im März 1915 erhielt die AG „Weser“ von 1.335 Arbeitern, die für die Anhebung der Produktion notwendig waren, nur 719. BA-MA, RM 3/5336.

25 BA-MA, RM 27 – XIII/373, Bl. 209.

26 Ebenda.

27 Zum Problem im Allgemeinen und zu den Versuchen, das Gleichgewicht zwischen den Berufszweigen wieder herzustellen: BA-MA, RM 3/5336.

28 HAK, WA 143/146.

29 Einen Überblick zu dem Problem des Arbeitsmarktes während des Krieges bieten Tilly, Arbeit, S.136-142, 155-159; Feldman, Armee, S.68-76, 243-248.

30 Im zweiten Trimester 1918 schwankte der Stundenlohn eines Facharbeiters der Hansa Lloyd zwischen 1,10 und 1,35 Mark (StAB, 4,2 – 140, Bl. 20). Das Gehalt seines Kollegen bei der AG „Weser“ überstieg im Mittel nicht 1,25 Mark (HAK, 143/55). Die Gründe für die Lohndrift werden in einer Denkschrift des KMA darin gesehen, dass „die Munitionsindustrie, als reine Kriegsindustrie, in der Lage war, die Löhne fast beliebig zu steigern, während die Werftindustrie in ihrer Lohnpolitik auf die Verhältnisse nach dem Kriege Rücksicht nehmen musste und dementsprechend den Lohnsteigerung der übrigen Kriegsindustrie nicht in vollem Umfang folgen konnten.“ (BA-MA, RM 3/4685).

31 BA-MA, RM 3/4685.

32 Zur Einführung des Systems der Abkehrscheine siehe Tilly, Arbeit, S.152.

Erwartungen zurück.³³ Erst 1917, im Zuge drakonischer Maßnahmen, welche die Zwangsrekrutierung für Arbeiter vorsahen, die den ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz verlassen hatten, wurde die besorgniserregende Spirale des Stellenwechsels eingedämmt.³⁴

2. Frauen, Junge, Kriegsgefangene: eine Umschichtung der Werftarbeiterschaft?

Der Versuch des RMA, das Loch, das der Krieg in die Belegschaften der Schiffbauindustrie gerissen hatte, mit weiblichen Arbeitskräften zu stopfen und den Arbeitsmarkt auch in diesen Bereichen der Kriegsindustrie für Frauen zu öffnen, erwies sich als wenig energisch.³⁵ Die Arbeit auf den Werften, die eine starke Spezialisierung und hohe physische Intensität kombinierte, wurde als „für Frauen wenig geeignet“³⁶ gehalten. Das Anlernen der Arbeiterinnen auf den Schiffswerften galt als sehr aufwendig und wurde durch eine Tendenz zu höheren Löhnen in der übrigen Kriegsindustrie behindert.³⁷

Auch in Bremen lassen sich einige der allgemeinen Grundtendenzen der weiblichen Beschäftigung während des Krieges erkennen.³⁸ So verdoppelte sich zwischen 1914 und 1918 die Zahl der versicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder in der Krankenkasse der Stadt.³⁹ Die Zunahme weiblicher Arbeitskräfte war bereits eine Konstante im Arbeitsleben des Kaiserreichs; der Krieg verstärkte dies, vertiefte die Strukturen der weiblichen Beschäftigung in den traditionellen Bereichen (Textil-, Lebensmittel-, Bekleidungsindustrie) und verschaffte den Arbeiterinnen Zugang zur Kriegsindustrie.⁴⁰ Dennoch durchquerten erst in den ersten Monaten des

33 Siehe Bieber, *Entwicklung*, S.98.

34 Verfügung des Kriegsamtes an die stellv. Generalkommandos und die Kriegsamtsstellen betr. Wiedereinberufung der für ein bestimmtes Arbeitsgebiet reklamierten Wehrpflichtigen, in: Wilhelm Deist (Hrsg.): *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg. 1914-1918*, Düsseldorf 1970, S.616.

35 BA-MA, RM 3/4685.

36 Ebenda.

37 Zur Mobilität der weiblichen Arbeitskräfte in der Kriegsindustrie von Hamburg siehe Mertelsmann, *Krieg*, S.62.

38 Einen reichhaltig dokumentierten Überblick zur weiblichen Beschäftigung während des Krieges liefert Ute Daniel: *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969, besonders S.36-51.

39 Siehe ebenda, S.41.

40 StAB, 3-G. 4. g., Nr. 32 (13), Bl. 184f. Zur weiblichen Beschäftigung in den Munitionsabteilungen von Krupp, wo sie zu Zeiten der größten Ausdehnung fast 50% der Gesamt-

Jahres 1916 Frauen die Tore der AG „Weser“ zum ersten Mal als Arbeiterinnen (Angestellte weiblichen Geschlechts waren bereits seit einiger Zeit präsent). Während des gesamten Krieges blieb die Zahl der weiblichen Beschäftigten begrenzt. Untenstehende Tabelle zeigt den Anteil der weiblichen Beschäftigung in der AG „Weser“ und erlaubt es, den nichtstrukturellen Charakter ihrer Verwendung zu erfassen. Tatsächlich gab es nach einer Phase konstanten Wachstums 1916 bis 1917 im Jahre 1918 wiederum einen konstanten Rückgang. Verursacht wurde dieser dadurch, dass die Werft zunehmend Teile der weiblichen Arbeitskräfte durch Kriegsgefangene und durch Arbeiter, die aus den Hilfstruppen zurückgerufen worden waren, ersetzte.⁴¹

	1914		1915		1916		1917		1918	
I Quart.	-	-	-	-	70	1,2%	374	4,7%	398	4,2%
II Quart.	-	-	-	-	156	2,5%	468	5,8%	320	3,2%
III Quart.	-	-	-	-	195	2,9%	490	5,8%	385	3,9%
IV Quart.	-	-	-	-	254	3,7%	492	5,9%	391	4,1%

Quelle: HAK, WA 143/55

Insgesamt war der Beitrag der weiblichen Beschäftigung zur Überwindung des chronischen Arbeitskräftemangels bei der AG „Weser“ „verschwindend gering“, besonders wenn man ihn mit der Massenbeschäftigung von Frauen in anderen Bereichen der Kriegsindustrie oder in anderen Werften vergleicht.⁴²

Die Belegschaftsübersichten der AG „Weser“ erlauben es nicht, die Bereiche innerhalb der Werft auszumachen, in denen Frauen beschäftigt wurden. Nützlich sein kann hier ein Blick auf die 65 Arbeiterinnen, die im ersten Trimester 1918 bei der Bremer Vulkan beschäftigt waren.⁴³ Ungefähr ein Drittel (21 von 65) erledigte nicht spezialisierte Aufgaben im Schiffbau und in der Mechanik, während nur 15 Prozent in Gewerken mit

beschäftigung erreichte, siehe Stephanie van de Kerkhof: Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Essen 2006, S.267f.

41 HAK, WA 143/55.

42 Bei Blohm & Voss waren zwischen Juli und September 1917 über 1.000 Arbeiterinnen beschäftigt. Siehe Mertelsmann, Krieg, S.62.

43 Der Anteil der Frauenbeschäftigung bei der Bremer Vulkan war leicht niedriger als der bei der AG „Weser“ (nur 2,7 gegenüber 3,5%).

hoher Qualifikation beschäftigt waren (Elektrikerinnen und Klempnerinnen⁴⁴). Der größte Teil der Arbeiterinnen war in teilspezialisierten Bereichen tätig, in denen der Übergang von der manuellen und körperlichen Betätigung zur Verwendung von Werkzeugmaschinen bereits in großen Teilen vollzogen war (so bei der pneumatischen Nietung, dem mechanischen Bohren oder in der Dreherei).⁴⁵

Die lange Dauer des Konfliktes zwischen vorhandenen Arbeitskräften und steigender Nachfrage nach Kriegsausrüstung führte zur wachsenden Beschäftigung von Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter.⁴⁶ Anders jedoch als in anderen industriellen Zweigen, wie der Eisen- und Stahl- oder der Chemieindustrie,⁴⁷ erreichte sie auf den Schiffswerften kein Massenniveau, da das RMA ab 1915 bei der Zuteilung auf eine sorgfältige Auslese von spezialisierten Handwerkern oder ehemaligen Werftarbeitern aus den Kriegsgefangenen achtete.⁴⁸ Bei der AG „Weser“ zeigen sich dennoch einige Besonderheiten.⁴⁹ Die Zahl der Kriegsgefangenen lag weit über dem Durchschnitt: Im Sommer 1918 waren es 794 Kriegsgefangene,⁵⁰ vor allem Russen, Franzosen, Belgier und Engländer.⁵¹ Die Gründe können auf die engen Beziehungen zurückgeführt werden, die die Werft – mit der Atlas-Werft unter dem Namen „Bremer Industriebund“⁵² vereinigt – zu den administrativen Strukturen der Hansestadt bei der Vermittlung der Kriegs-

44 StAB, 7,2121/1-1251.

45 StAB, 3-G. 4.g., Nr. 32 (13), Bl. 188f.; Metallarbeiter-Zeitung, 28.10.1911.

46 Einige interessante Überlegungen zur Geschichte der Kriegsgefangenen im Kaiserreich liefert Herbert Ullrich: Zwangsarbeit als Lernprozeß. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 24, 1984, S.285-304.

47 Siehe dazu Ute Hinz: Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914-1921, Essen 2006, S.267; StAB, 3-G. 4.g., Nr. 32 (13), Bl. 188f.; Metallarbeiter-Zeitung, 28.10.1911. In der Eisen- und Stahlindustrie bestanden 11% der Arbeitskräfte aus Kriegsgefangenen, in der Chemieindustrie waren es 19,5%, siehe Tilly, Arbeit, S.189.

48 BA-MA, RM 3/4685.

49 Eine gute Übersicht zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern in Bremen während des Ersten Weltkrieges bietet Johannes Beermann: Arbeitseinsatz im Feindesland. Das Bremer Kriegsgefangenenlager „Viehquarantäneanstalt“ an der Schnittstelle von privatwirtschaftlicher Ökonomisierung und interkulturellem Austausch, in: Eva Schöck-Quinteros u. a. (Hrsg): Eine Stadt im Krieg. Bremen 1914-1918, Bremen 2013, S.127-171.

50 HAK, WA 143/55. Es handelt sich um eine weit höhere Zahl als die 498 Kriegsgefangenen bei Blohm & Voss oder die 359 bei Vulkan in Hamburg, siehe Bieber, Entwicklung, S.89.

51 Siehe Höver, 100 Jahre, S.51.

52 StAB, 4,14/1 Kr A 21 a (3), Bl. 13.

gefangenen unterhielt und die die Errichtung eines eigenen „private[n] Kriegsgefangenenlager[s]“ ermöglichten.⁵³ Wir können daher unterstellen, dass dieser privilegierte Kanal die AG „Weser“ bei der Zuteilung von Gefangenen mit hoher Arbeitserfahrung begünstigte. Sowohl in den administrativen Quellen als auch den Erinnerungen der Unternehmensführung werden die Kriegsgefangenen mit paternalistischen Tönen für ihre Arbeitsamkeit und ihre Hingabe an die Arbeit⁵⁴ gelobt und ihre Leistung, vor allem die der Belgier und Engländer, als „durchweg befriedigend“⁵⁵ bezeichnet. Das ist ein durchaus anderes Bild als dasjenige der ungelerten Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr, wo die Beschäftigung von Kriegsgefangenen nicht geringe Friktionen und Probleme hervorrief.

Untenstehende Tabelle liefert eine Gegenüberstellung der Zusammensetzung der Arbeitskräfte bei der AG „Weser“ (angezeigt als AGW) und der übrigen Kriegsindustrie in Bremen (R.I. – HB).

	Männliche Arbeiter		Lehrlinge		Frauen		Kriegs- gefangene	
	AGW	R.I. (HB)	AGW	R.I. (HB)	AGW	R.I. (HB)	AGW	R.I. (HB)
1914	90,2	91,5	8,8	8,0	-	0,4	-	-
1915	83,9	94,1	14,9	1,2	-	4,8	2,3	-
1916	78,6	78,9	14,1	0,7	4,2	15,2	4,1	5,1
1917	78,7	73,2	11,6	0,3	5,8	22,3	3,8	4,2
1918	78,8	72,5	9,7	2,8	3,4	19,8	8,2	4,9

Quelle: HAK, WA 143; StAB 3-G

Als evident erscheint die Stabilität traditioneller Formen der Beschäftigung in der mechanischen und Werftindustrie: die männliche Arbeit und die Lehre. Der bereits erwähnten begrenzten Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte bei der AG „Weser“ steht deren annähernde Massenbeschäftigung – bis zu 22,3 Prozent – in der Munitionsindustrie und der Granatenproduktion gegenüber. Daher lässt sich behaupten, dass die AG „Weser“, wie die gesamte deutsche Schiffbauindustrie, ab 1916 eine verstärkte oberflächliche Neukalibrierung ihrer Belegschaftsstruktur erfuhr. Neben Kategorien, die durch den Ausnahmezustand des Krieges entstanden (Kriegs-

53 Siehe Beermann, Arbeitseinsatz, S.152.

54 StAB, 4,2 - 135, Bl. 37.

55 Höver, 100 Jahre, S.51.

gefangene, Kriegsbeschädigte), stießen erstmals Frauen in diese „Männerdomäne“ vor, während die Gesamtzahl der ungelerten Arbeiter in bedeutenderem Ausmaß wuchs. Nichtsdestotrotz zeigt im November 1918 die erste Erhebung zur Zusammensetzung der Arbeiterschaft bei der AG „Weser“ nach dem Krieg mit 57 Prozent der Gesamtbelegschaft immer noch eine konsistente Mehrheit der Facharbeiter,⁵⁶ während als angelernte Arbeiter 14 Prozent (zu dieser Kategorie gehörten vor allem Nieter, Bohrer und Fräser) und als ungelert zwölf Prozent eingestuft wurden.⁵⁷ In den Werkstätten und auf den Docks der AG „Weser“ führte der Krieg daher nicht zur Bildung einer neuen Arbeiterklasse aus Jugendlichen, Frauen und ungelerten Arbeitern, wie dies in anderen Bereichen der Kriegsproduktion, vor allem der Chemie- und Munitionsindustrie, registriert werden kann.⁵⁸

3. Arbeitsverhältnisse

Insbesondere über das Fachkräfteproblem lassen sich einige filigrane Elemente in der Produktionsstruktur der Werften während des Krieges erfassen.⁵⁹ Die Dringlichkeit der Anwerbung von Facharbeitern und die Unersetzbarkeit spezialisierter und erfahrener Arbeiter betraf alle Produktionssegmente der Werften, in den Bereichen Mechanik, Schiffbau und unter den Kesselflickern war sie jedoch chronisch. Das erlaubt den Schluss, dass die Unternehmen – im Unterschied zur Entwicklung in den Vereinigten Staaten – insgesamt während des Krieges nur teilweise die Expansion der Produktivkräfte mithilfe der Technik vorantrieben.⁶⁰ Die Ausdeh-

56 HAK, WA 143/5.

57 Zu diesen Daten werden noch die in Bezug auf die Frauen (4%) und die Lehrlinge (13%) hinzugefügt, HAK, WA 143/5.

58 Für die Klassenzusammensetzung in der Chemieindustrie sind die Leuna-Werke von Interesse, siehe die etwas ältere Arbeit: *Kämpfendes Leuna (1916-1945). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter*, Bd. I (1916-1933), Berlin 1962, S.51-63. Eine anregende Lektüre zu diesem Thema bleibt Karl Heinz Roth: *Die „andere“ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland*, München 1974, S.39-54.

59 Es fehlt bisher leider eine Studie zur gesamten Schiffbauindustrie während des Ersten Weltkrieges. Elemente einer Übersicht finden sich jedoch in dem bereits erwähnten Buch von Mertelsmann, *Krieg*.

60 Eine zeitgenössische Lektüre zur US-amerikanischen Werftindustrie, dem eigentlichen Modell für die deutschen Industriellen und Techniker, bietet Walther Laas: *U.S. Amerikas Schiffbau in Frieden und Krieg*, Berlin 1918, S.12-28.

nung und Intensivierung der Produktion erfolgte vielmehr auf Basis der vor dem Krieg entstandenen Arbeitsorganisation.⁶¹

Dies geschah fast ausschließlich durch ein Gesamtwachstum der Belegschaften⁶² und durch eine exponentielle Erhöhung der Ausbeutung der Arbeitskraft. So identifizierte die AG „Weser“ in einem Rundschreiben als wichtigsten Hebel, die Produktivität zu steigern, die Ausdehnung des Arbeitstages und die Intensivierung des Arbeitsrhythmus durch den Akkord, begleitet von einer verstärkten Fabrikdisziplin und der Militarisierung der Werften.⁶³

Die Unternehmensstatistiken zeigen zunächst das Wachstum der Überstunden, die den Arbeitern aufgebürdet wurden.⁶⁴ Wenn im Jahre 1913 in der AG „Weser“ die Überstunden 6,8 Prozent der Gesamtarbeitszeit ausmachten, stiegen sie bis auf 13,7 Prozent 1916, um im nächsten Jahr bei 17 Prozent anzugelangen.⁶⁵

Ein weiterer Dreh- und Angelpunkt der Unternehmensstrategie war der Akkord. Dabei kann der – periodisch im Zuge von Verhandlungen wiederholte – Mythos der Unternehmer von den hohen Löhnen in der Schiffbauindustrie widerlegt werden.⁶⁶ In dem ausführlichsten Gewerkschaftsdokument der Werftindustrie aus den Kriegsjahren, der „Denkschrift über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften“ des DMV und weiterer Gewerkschaften von 1917, wird nachgewiesen, dass die Verbesserungen der Nominallöhne der Werftindustrie, bei stagnierenden Stundenlöhnen, zu großen Teilen auf eine wachsende und massive Anwendung des Akkords zurückzuführen sind.⁶⁷

61 Siehe dazu Marina Cattaruzza: Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs, Stuttgart 1988, S.58-70. Die Steigerung der Produktivität der Werften des Kaiserreichs wird von den technischen Zeitschriften der Zeit mit mehr als einer Verdopplung veranschlagt. Siehe Die deutsche Schiffbauindustrie und die Revolution, in: Hansa. Schifffahrt, Schiffbau, Häfen, 6/1918, S.132.

62 Die Zahl der Arbeiter der privaten Seeschiffswerften stieg von 70.864 im Jahr 1914 auf 93.900 im Jahr 1918, mit einer Gesamtsteigerung der Arbeitskraft um 32,5%. Einen stattlichen Sprung nach vorn machten die Arsenale der Marine in Kiel und Wilhelmshaven (+ 50%). In diesem Rahmen liegt das Wachstum der Belegschaft der AG „Weser“ (+ 57%) gut über dem Durchschnitt. BA-MA, RM 3/4685.

63 HAK, WA 143/5.

64 Siehe Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.): Denkschrift über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den deutschen Seeschiffswerften, Stuttgart 1917, S.26-31.

65 HAK, WA 143/55.

66 HAK, WA 143/146.

67 Siehe Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.), Denkschrift, S.21-23. Siehe außerdem

Die Verdienste der Arbeiter der AG „Weser“ waren daher vom Anteil des Akkordlohns abhängig geworden.⁶⁸

	1914		1915		1916		1917		1918	
I Quart.	37,7	100,0	38,4	101,8	40,7	107,9	49,0	129,9	62,6	166,0
II Quart.	37,9	100,5	39,0	103,4	42,0	111,4	53,0	140,5	67,9	180,1
III Quart.	40,2	106,6	39,5	104,7	42,5	112,7	56,7	150,3	70,1	185,9
IV Quart.	37,4	99,2	40,0	106,1	45,3	120,1	60,6	160,7	84,7	224,6

Quelle: HAK WA 143/55, eigene Berechnungen

Das Verhältnis zwischen dem Wachstum der Stundenlöhne und der Entlohnung aus den einzelnen Akkordsätzen (der Anteil der Löhne der aus dem Akkord bezahlt wird, nicht zu verwechseln mit den gesamten Akkordverdiensten) hilft die konkreten Modalitäten der Intensivierung der Ausbeutung zu verstehen. Die Entlohnung aus dem Akkord wuchs deutlich langsamer als die Stundenlöhne. Nach Angaben der AG „Weser“ wuchsen die Stundenlöhne wie folgt: 1914=100, 1915=110, 1916=130, 1917=155, während zugleich die Akkordlöhne relativ stagnierten: 1914=100, 1915=105, 1916=115, 1917=115.⁶⁹

In diesem Kontext – massive Erosion der Nominallohne bei Ausdehnung des Arbeitstages, um die Tagesverdienste der Arbeiter zu erhöhen – repräsentierte die Beschneidung der Akkordlöhne einen Hebel der Unternehmer, um den Arbeitsrhythmus zu beschleunigen und den Druck auf die Arbeiter in der Werft zu steigern. Forderungen der Gewerkschaften und insbesondere des DMV, das Verhältnis zwischen Stundenlöhnen und Akkord wieder auszugleichen, wurden immer häufiger erhoben, von den Unternehmerorganisationen jedoch zurückgewiesen.⁷⁰

Ein weiteres Element dieses Prozesses lässt sich im Wandel der Anteile von Arbeit für Stundenlohn und für Akkordarbeit an der Arbeitszeit ausmachen.⁷¹ Der Anteil von Letzterem expandierte in den Kriegsjahren stark und zeigt das immer größere Gewicht der Akkordarbeit und die progressive Komprimierung der Arbeiten zu Festgehältern, die weniger den Beschleunigungsprozessen ausgesetzt waren. 1913 lag der Gesamtanteil

Bieber, Entwicklung, S.114f.

68 HAK, WA 143/55.

69 HAK, WA 143/146.

70 Bundesarchiv (BArch), R 3901/2587.

71 HAK, WA 143/55.

der Arbeitsstunden im Akkord bei 75,8 Prozent, 1914 bei 81,5 Prozent, 1915 waren es 80,8 Prozent, 1916 81,9 Prozent, 1917 erreichte er seinen Höhepunkt mit 82,2 Prozent. Die Zahl für 1918, 77,4 Prozent, ist irreführend, da im November dieses Jahres der Akkord abgeschafft wurde.⁷²

Alle Formen der Lohnerhöhung, die einer Intensivierung der Ausbeutung geschuldet waren, unterlagen dabei einer progressiven Erosion durch die Inflationsspirale im Krieg. Die Löhne wurden dadurch auf ein sehr viel niedrigeres Niveau als in der Vorkriegszeit hinabgedrückt.

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Lebenshaltungskosten (Indizes)	1,00	1,03	1,29	1,70	2,53	3,13
Lohn (Gelernte ⁷³)	1,00	1,01	1,03	1,14	1,34	1,81
Lohn (Angelernte)	1,00	1,03	1,07	1,23	1,41	1,91

Quelle: Gerhard Bry: *Wages in Germany 1871-1945*, New York 1960, S.440-442; HAK, WA 143/55; eigene Berechnungen

Ein Bericht des Gewerkschaftskartells von Bremen aus dem Winter 1917 belegt mit großer Deutlichkeit die prekären ökonomischen Verhältnisse in der Hansestadt während des Krieges. Als Vergleichsmaßstab für die durchgeführte Untersuchung wurde eine typische Arbeiterfamilie herangezogen, bestehend aus fünf Mitgliedern (Vater Schiffzimmerer, Mutter Fabrikarbeiterin und drei Kinder). Diese konnte in der Vorkriegszeit ein hartes, aber menschenwürdiges Leben führen, erreichte das Subsistenz-Minimum nun nur durch intensive Arbeit, die zudem von vier auf fünf Familienmitglieder ausgedehnt werden musste.⁷⁴

Die Pläne für eine allgemeine Intensivierung der Arbeitsrhythmen gerieten jedoch auf der Organisationsebene mit der Produktionsrealität in Konflikt. Insbesondere die wiederkehrenden Beschwerden der Werftdirektionen während des Krieges bei dem RMA oder der U-Bootinspektion weisen auf einen quantitativen wie qualitativen Rückgang der Produktion pro Mitarbeiter im Vergleich zur Vorkriegszeit hin.⁷⁵ Dies wird zu großen Tei-

⁷² Ebenda.

⁷³ Die Daten für die Facharbeiter beziehen sich auf die Modelltischler, die der Angelernten auf die Bohrer. Letztere genossen aufgrund des chronischen Fachkräftemangels eine relative Verhandlungsmacht oder kamen oft aus anderen spezialisierten Berufsgruppen der Werften (Stemmer).

⁷⁴ StAB, 4,2 - 199.

⁷⁵ BA-MA, RM 3/4685.

len auf die prekären Lebensverhältnisse und die ungenügenden Lebensmittelrationen zurückgeführt, „welche mehr und mehr zu Verweigerung der Überstundenarbeit und überhaupt zur allmählich sinkenden Leistungsfähigkeit der Arbeiter [führten]“,⁷⁶ während Fälle von Renitenz am Arbeitsplatz – wie Absentismus oder Bummelei – immer häufiger wurden.

4. Oppositionelle Vertrauensleute und Revolutionäre Oblente: die Streikbewegung 1916 bis 1918

Im Zusammenhang mit der Schwächung derjenigen Teile der Arbeiterschaft, die sich gegen den Krieg und den Burgfrieden stellten, waren auch die Positionen der Linksradikalen bei der AG „Weser“ in den ersten Kriegsjahren erodiert und hatten sich auf einige kleine Vorposten von oppositionellen Vertrauensleuten reduziert.⁷⁷ Eine Versammlung der Oppositionsgruppen in den Arbeitervierteln Bremens im Juli 1915 erlaubt, das Niveau der Ausdünnung des einst dichten Netzes aus Aktivisten und Vertrauensleuten in der AG „Weser“ zu rekonstruieren. Die organisierten und politisch aktiven Arbeiter in der Weser-Werft wurden auf ungefähr 900-1.000 geschätzt (von ungefähr 7.000 Arbeitern), während es vor dem Krieg 3.000 waren.⁷⁸ Das Klima aus starker Repression, Militarisierung der Werften sowie der Gefahr der Denunziation, die die Zwangsrekrutierung bedeuten konnte, hatten eine weitgehende Auflösung solidarischer Beziehungen hervorgerufen, sodass man „seinen besten Kollegen nicht mehr trauen könne“.⁷⁹ Sowohl in den einzelnen Fabriken als auch auf nationaler Ebene hatten die keinesfalls unbedeutenden Veränderungen in der Belegschaftszusammensetzung die Gewinnung von Kadern und Aktivisten nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die Oppositionsgruppen erschwert.⁸⁰ Es kann weiterhin beobachtet werden, dass

76 Im Fall der Lehrlinge warnte wiederholt die Lebensmittelkommission vor der physischen Entwicklung der jungen Arbeiter, HAK, WA 143/149.

77 Zum Konzept der oppositionellen Vertrauensleute, das im Kontext der Berliner Kriegsindustrie analysiert wurde, aber auch auf den Fall Bremen übertragbar ist und dabei hilft, die Mechanismen der Umgruppierung in der Arbeiterklasse besser zu verstehen, siehe Dirk H. Müller: Metallarbeiterverband, Betriebliche Arbeiterausschüsse, oppositionelle Vertrauensleute und der Januarstreik 1918, in: Chaja Boebel/Lothar Wenzel (Hrsg.): Streiken gegen den Krieg. Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg 2008, S.40-51.

78 Siehe Wilhelm Eilder mann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, S.215.

79 Siehe ebenda.

80 Siehe Bieber, Entwicklung, S.93.

während des Krieges nicht nur der Streik ipso facto einen politischen Akt erster Güte darstellte, sondern auch das Lebensmittel- und Ernährungsproblem durch das Eingreifen des interventionistischen Staats mit politischen Konnotationen verbunden war.⁸¹ Während des Krieges fanden wiederholt Demonstrationen, Tumulte und Proteste statt, die oft mit politischen und ökonomischen Forderungen verwoben waren und mit den Ernährungsbedingungen des städtischen Proletariats zusammenhingen. Sie zeigten mit großer Deutlichkeit die Unfähigkeit der staatlichen Strukturen, den Lebensmittelbedarf zu garantieren.

Der Auslöser für die erste Welle von Streiks der hanseatischen Werftarbeiterschaft war die Verhaftung von Karl Liebknecht im Juni 1916.⁸² Der um sich greifende „Liebknecht-Streik“ stellte zusammen mit den Lebensmittelunruhen, die seit Tagen die öffentliche Ordnung der hanseatischen Stadt störten und die mit den politischen Forderungen im Zusammenhang mit der Verhaftung Liebknechts in Verbindung standen,⁸³ eine paradigmatische Wende dar. Die Arbeiterbewegung Bremens war, wie Quellen des Senats der Stadt belegen, besonders aktiv. Am 26. Juni verbreiteten die Linksradiakalen Flugblätter in den peripheren Vierteln im Westen von Bremen,⁸⁴ deren Inhalt „stark aufreizend“⁸⁵ war und die zu Streiks und massiven Protestaktionen für die Befreiung Liebknechts und gegen den Krieg aufriefen. Am Nachmittag des 3. Juli 1916 legten die Beschäftigten der AG „Weser“ die Arbeit nieder.⁸⁶ Am folgenden Tag beteiligten sich 4.500 von fast 7.000 Beschäftigten der Weser-Werft am Streik,⁸⁷ welcher faktisch die Gewerkschaftsorganisationen übergang. Motiviert wurde diese erste große Protestaktion unter dem Belagerungszustand von den niederdrückenden Lohnverhältnissen und der prekären Lebensmittelversorgung.⁸⁸

81 Eine Gesamtbeurteilung der sozialen Konflikte während des Ersten Weltkrieges bietet Leopold H. Haimson: General Introduction, in: Ders./Giulio Sapelli (Hrsg.): Strikes, social conflict and the first world war. An International Perspective, in: Annali della Fondazione Giangiacomo Feltrinelli, XXVII, 1990/1991, S.13-25.

82 Siehe Was ist mit Liebknecht? Von Rosa Luxemburg verfasster Aufruf der Spartakusgruppe vom Juli 1916, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe 2, Bd. 1: 1914-1917, Berlin 1958, S.398-401.

83 StAB, 4,89/1 - 301, Bl. 2.

84 Das Ereignis wird bezeugt von Eildermann, Jugend, S.150ff.

85 StAB, 3-M.2.h.2., Nr 71, Bl. 25.

86 Ebenda.

87 StAB, 4,89/1 - 301, Bl. 2.

88 Ebenda.

Im Wesentlichen losgelöst vom allgemeinen nationalen Kontext einer generellen Zunahme der Konflikte waren hingegen die Agitationen auf der AG „Weser“ ab dem 31. März 1917. Auch in diesem Fall war die Beteiligung imponierend: Über 6.000 der 7.746 Arbeiter streikten,⁸⁹ zugleich dehnte sich der Protest auf andere Kriegsindustrien der Stadt und andere Werften an der Weser aus.⁹⁰ Auf einer überfüllten Versammlung am Abend des 31. März wurden die Gründe des Protestes offensichtlich. Sie können vor allem auf die physische Auszehrung der Arbeiter aufgrund der von der Kriegsproduktion aufgezwungenen beschleunigten Arbeitsrhythmen und der unzureichenden Versorgung mit Lebensmitteln zurückgeführt werden. Der Arbeiter der AG „Weser“ Schulze erklärte, dass die „Arbeiter geschlossen diese Demonstration unternommen hätten, um Maßregelungen einzelner zu vermeiden“, und fügte hinzu: „Bei der jetzigen Ernährung sei die schwere Arbeit nicht zu leisten, die die Werft verlange.“⁹¹

Der neuartige Charakter des Streiks von 1917 bestand in dem gewaltvollen physischen Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden während des Protestzuges, der von der AG „Weser“ aus den Marktplatz erreichen sollte. Die Zeichen des fortgeschrittenen Konflikts und der sozialen Spannungen hatten kaum noch etwas mit dem proklamierten Burgfrieden gemeinsam.⁹²

Am 13. April desselben Jahres, einige Tage nach dem Streik, fanden auf der Werft die Wahlen für die Repräsentanten des Arbeiterausschusses statt, wie sie in Artikel 11 des Hilfsdienstgesetzes vorgesehen waren.⁹³ Die Linksradikalen bestätigten ihren starken Einfluss unter den Arbeitern der AG „Weser“⁹⁴ durch die Wahl ihrer beiden Kandidaten in den Arbeiterausschuss: den Zimmermann Bruchkaus und den Schiffsschlosser Seifert. Letzterer war aktiv im Kreis der oppositionellen Vertrauensleute innerhalb der Werften.⁹⁵

Obleich mit einigen Tagen Verzögerung gegenüber anderen Industriestädten des Kaiserreiches – wie Dresden, den Zentren des Ruhrgebietes und vor allem Berlin – wurde ab dem Morgen des 31. Januar 1918 auch

89 StAB, 3-S.3, Nr. 339, Bl. 321.

90 StAB, 4,2 - 140, Bl. 17.

91 StAB, 4,89/1 - 301, Bl. 2.

92 StAB, 4,14/1 - XII. A.3.b.13.

93 Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1916, Nr. 276, S.1336.

94 Siehe, Gewerkschaften, S.317.

95 StAB, 4,14/1 Kr.a 31 (3).

Bremen, wie immer mit der AG „Weser“ als Epizentrum der Aktion, von der Welle der Januarstreiks erfasst.⁹⁶ Die Januarstreiks für den „allgemeinen Frieden und Republik in Deutschland“⁹⁷ hatten ihre Wurzeln in dem furchtbaren Winter 1917/18, der wachsenden Kriegsmüdigkeit der unteren Klassen und der weitverbreiteten Feindschaft gegenüber der OHL, die als verantwortlich für die Radikalisierung des Krieges gegen jede Friedensbemühung galt.

In den Wochen, die dem Streik vorangegangen waren, und vor allem in den letzten Januartagen hatte sich die Repression in Bremen deutlich verschärft.⁹⁸ Trotzdem war die Beteiligung am Streik und an den Protesten gegen den Krieg durchaus ansehnlich: Auf der AG „Weser“ verließen 3.566 Arbeiter am 31. Januar den Arbeitsplatz,⁹⁹ tags darauf stieg die Anzahl der Streikenden auf 3.604, um am 2. Februar 3.270 zu erreichen.¹⁰⁰ In den anderen Fabriken der Bremer Kriegsindustrie war die Beteiligung an der Arbeitsniederlegung deutlich geringer: ungefähr 50 Arbeiter bei den Atlas-Werken und 500 bei der Hansa Lloyd.¹⁰¹

Obwohl es auch Motive gab, die die Arbeitsbedingungen und die immer schlimmer werdende materielle Situation betrafen, wurden der Streik und die anschließende Demonstration klar als „reines politisches Moment“¹⁰² interpretiert. Das schlug sich in Bremen in der Übernahme des Forderungskatalogs der revolutionären Obleute Berlins nieder, der als Hauptpunkte die Einstellung der militärischen Feindseligkeiten und die Aufnahme von Verhandlungen für einen Frieden ohne Annexionen enthielt.¹⁰³ Wie bereits im Falle früherer Arbeitsniederlegungen versuchten die nationalistischen politischen Kräfte den Januarstreik in Bremen als ein im Wesentlichen von außen kommendes Phänomen zu brandmarken, das keine von den Arbeitern selbst aufgestellte Forderungen transportiere, sondern

96 Zu den Ereignissen um die Streiks im Januar 1918 siehe Boebel/Wenzel (Hrsg.), Streik.

97 Aufruf der Spartakusgruppe vom Januar 1918, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe 2, Bd. 2: 1918-1919, Berlin 1957, S.69.

98 In den Wochen, die dem Streik vorangegangen waren, gab es zahlreiche Bekanntmachungen, die eine Belohnung für die Denunziation von „Streikhetzern“ – die als im Sold feindlicher Nationen stehend abgestempelt wurden – versprachen. StAB, 3-M.2.h.2., Nr. 71, Bl. 146.

99 HAK, WA143/242; Bremer Bürger-Zeitung, 1.2.1918.

100 Auf der AG „Weser“ gingen nach Berechnungen der Direktion in den ersten Tagen des Protestes „etwas weniger als 100.000 Arbeitsstunden“ verloren. HAK, WA143/242.

101 StAB, 3-M.2 h.2, Nr. 71, Bl. 117.

102 Protokoll der Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 1918, S.70.

103 Siehe ebenda.

vielmehr eine von externen „Drahtziehern“¹⁰⁴ geleitete Aktion sei. Wie die übrigen militärischen Autoritäten des Kaiserreichs¹⁰⁵ reagierte auch das IX. Armeekorps mit einer Verschärfung des Drucks durch die weitere Militarisierung der AG „Weser“¹⁰⁶ und besonders durch die wiederholte Drohung der Zwangseinziehung, die „alle wehrpflichtigen Arbeitnehmer der Actiengesellschaft ‚Weser‘“ betreffen sollte, die bis zum Morgen des 4. Februar nicht die Arbeit wieder aufgenommen haben würden.¹⁰⁷

Der Streikverlauf zeigte sowohl auf nationaler Ebene als auch im Falle der Bremer Werften einige Charakteristiken, vor allem in Hinblick auf die Beziehungen zwischen den traditionellen Organisationsstrukturen der Arbeiterbewegung (Generalkommission, DMV und MSPD) und den Organisationsformen der Arbeiterklasse, die im Streik hervortraten. Letztere, Ergebnis der Arbeiterausschüsse, die vom Hilfsdienstgesetz vorgesehen waren oder die sich spontan in den Tagen des Streiks bildeten, standen oft in offener Gegnerschaft zur MSPD und zum DMV. Sie zeigten ein bemerkenswertes organisatorisches Niveau und eine beachtliche Fähigkeit zur politischen Führung, die ab November 1918 noch eine herausragende Rolle bei der Bildung der Arbeiterräte spielen sollte.¹⁰⁸

Den Januarstreiks folgte eine harte Gegenoffensive der Unternehmer. Das Generalkommando setzte „eine militärische Besetzung der Werft auf die Dauer von zwei Wochen“¹⁰⁹ fort, verbunden mit der Förderung von Denunziationen in den Fabriken¹¹⁰ und der Einberufung von bekannten Persönlichkeiten der Arbeiteropposition. Letzteres wurde zwar nur selten, aber gezielt angewendet, um Exempel innerhalb der Werft zu statuieren. Die Initiatoren des Januarstreiks waren tatsächlich in ihrer Mehrheit Facharbeiter. Im Falle einer Entlassung oder der Einberufung „hätte sich die Werft selbst beschädigt“.¹¹¹

104 Ebenda.

105 Forderungen der streikenden Berliner Arbeiter vom 29. Januar 1918, in: Dokumente, Reihe 2, Bd. 2, S.75.

106 Siehe Josef Miller: Zur Geschichte der linken Sozialdemokraten in Bremen 1906-1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Sonderh. 1958, S.817-821.

107 Bremer Tageblatt, 3.2.1918.

108 Zur Kontinuität dieser Formen der Arbeitervertretung siehe die mündlichen Zeugnisse gesammelt in Peter Kuckuk (Hrsg.): Revolution und Räterepublik in Bremen in Augenzeugenberichten, in: Veröffentlichungen des Fachbereichs Allgemeinwissenschaftliche Grundlagenfächer der Hochschule Bremen, 2, Beiträge der Bremer Arbeiterbewegung, Bremen 1985.

109 Höver, 100 Jahre, S.53.

110 StAB, 3-M. 2.h.2, Nr. 71, Bl. 170.

111 Bieber, Entwicklung, S.128.

Diese drakonischen Maßnahmen sollten widersprüchliche Resultate hervorbringen: Wenn sich in der Tat auf der einen Seite die Verbindungen der Arbeiteropposition auflösten oder in die Defensive gedrängt wurden, so wurde das Problem des hohen Konfliktpotenzials auf den Werften nicht gelöst und ging in einen passiven Widerstand (Verlangsamung der Produktion, Renitenz am Arbeitsplatz u. ä.) über. Ein Beispiel des neuen Niveaus der Konflikthaftigkeit ist in den Daten zum Absentismus enthalten.¹¹² Die Aufzeichnungen der Werften zeigen, im Zusammenwirken mit den zermürenden Arbeitsrhythmen und der Verschlechterung der Lebensmittelsituation, ein Wachstum der Gesamtzahl der Abwesenheit zwischen 1917 und 1918.¹¹³

5. Arbeitskämpfe in der Revolutionszeit

Bereits am 8. November 1918, während der ersten Auflösungserscheinungen der wilhelminischen Machtstrukturen, richtete der Arbeiterrat der AG „Weser“ einen Fächer von Forderungen an die Direktion.¹¹⁴ Im Besonderen wurden die „Auflösung des nationalen Werkvereins“, „Entfernung eines Beamten, Beseitigung des [...] in Lohnabzügen bestehenden Strafsystem“ verlangt. Zudem wurde ein „Bericht über die technische und wirtschaftliche Lage des Unternehmens, insbesondere die Möglichkeit der Beschäftigung in Friedensarbeit“¹¹⁵ angefragt. Am 18. November, in einem politischen Klima, das in Bremen von den revolutionären Ereignissen und der Entmachtung der Institutionen der alten Ordnung geprägt war,¹¹⁶ präsentierte der Arbeiterrat der Direktion neue Forderungen (u. a. nach dem achtstündigen Arbeitstag). Der Arbeiterrat schätzte die Kräfteverhältnisse als reif für einen entschiedenen Angriff auf das Akkordsystem ein.¹¹⁷ In

112 Im zweiten Trimester 1918 erreichte der Anteil der Abwesenden 18% der Angestellten insgesamt, zumeist ohne irgendeine Entschuldigung oder Erlaubnis vonseiten der Direktion der AG „Weser“. HAK, WA 143/146.

113 HAK, WA 143/55.

114 Der Text des Schreibens von Dr. Tetens an Friedrich Ebert, eine Quelle von primärer Bedeutung für die Rekonstruktion der Kämpfe auf den Werften der Weser, ist wiedergegeben in den unveröffentlichten Erinnerungen von Sepp Miller. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 76.

115 Ebenda.

116 Siehe Kuckuk, *Revolution*, S.9-17.

117 Siehe Deutscher Metallarbeiter-Verband (Hrsg.): *Denkschrift*, S.24-26. Allgemein zum Thema der Akkordarbeit in der Metallindustrie siehe Herbert Zirpel: *Unternehmensstra-*

dem Dokument, das der Direktion präsentiert wurde, hatte er daher die Abschaffung der kollektiven Akkorde und die Festsetzung eines Stundenlohnes verlangt.¹¹⁸ Mit der Abschaffung des Akkordsystems wollten die Arbeiter die markante Einkommenswillkür sowie das hohe Maß der Kontrolle und Überwachung beenden.¹¹⁹

Die neuen Tarife sahen einen Stundenlohn von 2,40 Mark für die Facharbeiter, 2,30 Mark für teilweise spezialisierte Aufgaben und 2,10 Mark für die Beschäftigten ohne Spezialisierung vor.¹²⁰ Durch die Neufestsetzung von drei Makrolohnkategorien und die Einschränkung der Lohnspreizung innerhalb der Fabrik strebte der Arbeiterrat vor allem danach, der Pulverisierung der Einkommensverteilung, die die Beschäftigten in unendliche Lohnstufen (nach Kategorien oder Akkordsätzen) segmentierte, ein Ende zu setzen.

Die Aktion der Arbeiter der AG „Weser“, die sich zu großen Teilen außerhalb gewerkschaftlicher Verhandlungsführung nach Art der Freien Gewerkschaften der Vorkriegszeit entwickelte und darauf drang, die konkreten Modalitäten der Produktion neu zu gestalten, rief bei den Unternehmern nicht geringe Sorgen hervor. Sie sahen darin eine „gewaltsame plötzliche Erschütterung des Wirtschaftslebens“. Die Forderungen der Werftarbeiter beurteilten sie äußerst negativ, deren Erfüllung würde „die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Betriebes“¹²¹ untergraben und zu dessen Untergang führen.¹²²

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung wurde am 28. November erreicht, als die Verhandlungen, die die Direktion der Werft verzögert hatte,¹²³ mit einem raschen Abschluss endeten.

Der Arbeiterrat, der aus Arbeitern im Umfeld der USPD und der Linksradikalen bestand, hatte versucht, die einflussreichsten Exponenten

tegie und Gewerkschaftspolitik um Lohn und Leistung. Entwicklung der Entlohnungsmethoden und Leistungskontrolle in der deutschen Metallindustrie bis zum ersten Weltkrieg, Marburg 1985.

118 SAPMO-BArch, Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 77.

119 Siehe Marina Cattaruzza: „Organisierter Konflikt“ und „Direkte Aktion“: Zwei Formen des Arbeitskampfes am Beispiel der Werftarbeiterstreiks in Hamburg und Triest (1880-1914), in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 20, 1980, S.325-355, hier S.333-335.

120 HAK, WA 143/103.

121 BArch, R 1501, 1711, Bl. 264.

122 Eine ähnliche Position nahm die dem Hamburger Werftkapital nahestehende Zeitschrift „Hansa“ ein. Siehe Die deutsche Schiffbauindustrie und die Revolution, in: Hansa. Schifffahrt, Schiffbau, Häfen, 6, 1918, S.135f.

123 SAPMO-BArch, Nachlass Josef Miller, NY 4096/1, Bl. 74.

der Arbeiterbewegung Bremens als Unterstützung für die Auseinandersetzung zu gewinnen.¹²⁴ So wurde die Anwesenheit des Unabhängigen Alfred Henke und des Linksradikalen Johann Knief bei den kurzen Verhandlungen als Aufwertung der Arbeitervertreter interpretiert.¹²⁵ Der starke Druck, der durch den Arbeiterrat ausgeübt wurde, hatte ohne Zweifel im Kontext der Radikalisierung der politischen Verhältnisse nach links sowohl national als auch in Bremen, wo die Mehrheitssozialdemokraten in der Minderheit waren, ein entscheidendes Gewicht bei den Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zwischen Unternehmern und Arbeitervertretern.¹²⁶ Direktor Tetens soll die „geringe Ausdauer der Direktion“ schließlich auch damit gerechtfertigt haben, „dass bei der draußen versammelten Menschenmenge [...] doch für den Fall der Ablehnung der Forderungen nicht mit Sicherheit darauf zu rechnen sei, dass nicht eine ernste Demolierung des Werkes und sonstige schwere Folgen eintreten“.¹²⁷ Die Verhandlungen wurden mit einer Annahme der Forderungen der Arbeiter ohne Ausnahmen abgeschlossen, insbesondere wurde die sofortige Abschaffung des Akkordsystems durchgesetzt.¹²⁸ Die Arbeiter setzten darüber hinaus durch, dass Direktor Tetens persönlich die Annahme der Forderungen, die vom Arbeiterrat am 18. November aufgestellt worden waren, verkündete.¹²⁹

Das unmittelbare Ergebnis des Erfolgs der Arbeiter war die Stärkung der Linksradikalen innerhalb der Werften der Stadt. Nicht nur die großen Demonstrationen in den folgenden Tagen, sondern auch der Beginn ähnlicher Verhandlungen in anderen Werften, so auf den Atlas-Werken,¹³⁰ machten die organische Verbindung zwischen den am meisten avancierten Schichten der Werftarbeiterschaft und dem linken Flügel der sozialis-

124 Ebenda, Bl. 78.

125 Zur Figur von Johann Knief, politischer Kopf der Linksradikalen, siehe die vortreffliche Arbeit von Gerhard Engel: *Johann Knief. Ein unvollendetes Leben*, Berlin 2011.

126 Nach dem preußischen Generalkonsul in Bremen seien dagegen die Verantwortlichen für die Radikalisierung der Arbeiter Henke und Knief, die in ewiger Konkurrenz sich gegenseitig überbietend, die Arbeiter dazu aufgehetzt hätten, immer übertriebenere Forderungen aufzustellen und jede Vereinbarung mit den Unternehmern zu brechen. BArch, R 1501, 1711, Bl. 267.

127 SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 79.

128 Eine Kopie des Flugblatts des Arbeiterrats, in dem triumphierend die Abschaffung jeder Form des Akkords verkündet wird, findet sich im Firmenarchiv Krupp. HAK, WA143/242.

129 SAPMO-BArch, Nachlass Joseph Miller, NY 4096/1, Bl. 79.

130 BArch, R 1501, 1711, Bl. 266.

tischen Arbeiterbewegung Bremens deutlich. Auf der engeren gewerkschaftlichen Ebene und bei den Lohnverhältnissen entpuppten sich die Errungenschaften während der Revolutionsphase, auch für die Arbeiter der AG „Weser“, als flüchtig und anfällig gegenüber dem Umschwung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Unternehmer, der bereits ab Sommer 1919 die Basis für die neuen Vereinbarungen untergrub.¹³¹ Tatsächlich wurde die Akkordarbeit im Metallsektor bereits in den ersten Monaten des Jahres 1920 wiederhergestellt, in einem Klima starker Repression, charakterisiert von Massenentlassungen, mit denen die am meisten organisierten Sektoren der Arbeiterklasse geschwächt und ihrer Kampfkraft die Spitze genommen werden sollten.¹³²

Aus dem Italienischen von Dietmar Lange

131 Siehe Dirk Hemje-Oltmanns: *Materielle Bedingungen der Entwicklung des Verhältnisses von Sozialreform und Revolution in Deutschland. 1890-1924* unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Werftarbeiterbewegung, München 1982, S.141-206.

132 Die Akkordarbeit wurde nach einem langen und ausgedehnten Streik bei den Atlas-Werken im Oktober 1919 wieder eingeführt. Die Richtlinien, die vom Werftkapital für die Wiedereinführung der Leistungslöhne aufgestellt wurden, sind enthalten in den Akten: StAB 4,65-685, Bl. 66-69.